

Wiesbaden, 15. Januar 2024

# Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2023 für Deutschland“

am 15. Januar 2024 in Berlin

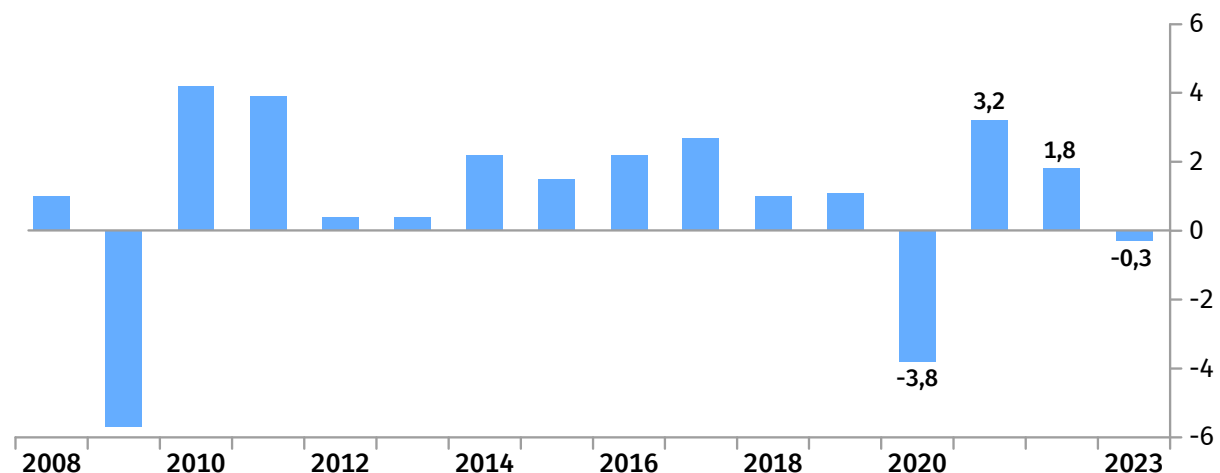
Statement von Ruth Brand, Stefan Hauf, Michael Kuhn und  
Peter Schmidt

– Es gilt das gesprochene Wort –

**1. Die Folgen der globalen Krisen belasteten die deutsche Wirtschaft: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2023 um 0,3 % gesunken.**

Schaubild 1a

**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Kalenderbereinigt ging das BIP um 0,1 % zurück. Damit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort. Zwar lag das BIP im Jahr 2023 preisbereinigt um 0,7 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Allerdings kam die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken.

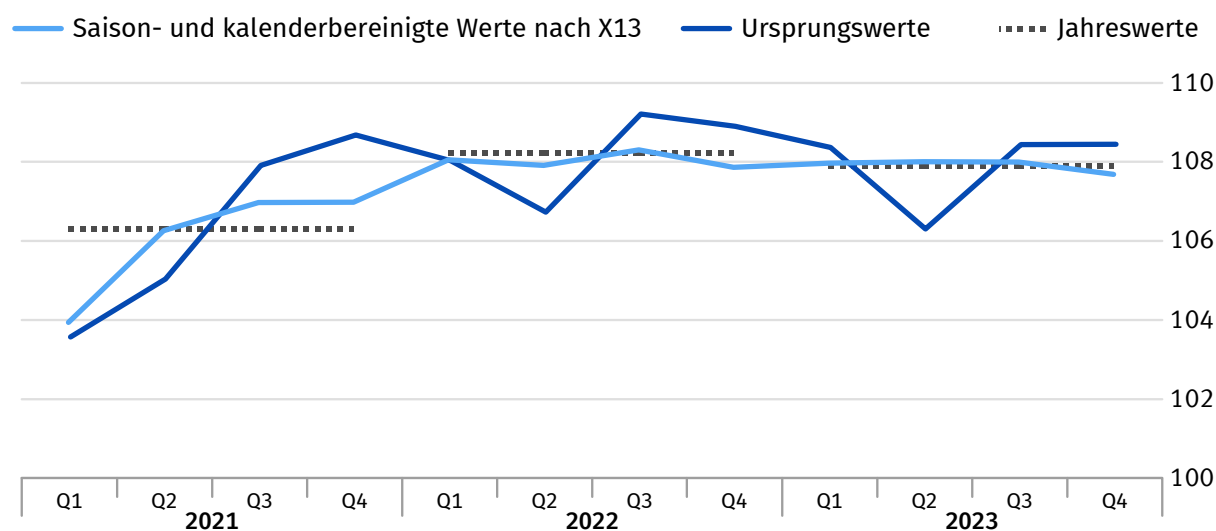
## Seite - 2 -

Die Energiekrise und geopolitische Spannungen verunsicherten Produzenten, Investoren sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Der Welthandel verlor an Dynamik, mit negativen Folgen für die deutsche Exportwirtschaft. Die Energiepreise, die 2022 infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine extrem gestiegen waren, stabilisierten sich auf hohem Niveau und belasteten insbesondere die Industrieproduktion. Steigende Zinsen verschlechterten die jahrelang günstigen Finanzierungsbedingungen, was besonders die Bauwirtschaft bremste. Insgesamt dämpften die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen die Konjunktur. Im Zuge dessen rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 ins Minus.

Schaubild 1b

**Vierteljährliches Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

Preisbereinigt; Kettenindex 2015 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Im aktuellen Ergebnis für das BIP 2023 ist eine erste sehr frühe Schätzung für das 4. Quartal 2023 enthalten. Diese basiert auf einer unvollständigeren Datenbasis als die reguläre Quartalsrechnung und ist daher mit einer höheren Unsicherheit behaftet. Auch die ersten drei Quartale des Jahres 2023 wurden überarbeitet. Nach bisherigen Erkenntnissen ging das BIP im 4. Quartal 2023 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem es im 3. Quartal stagnierte.

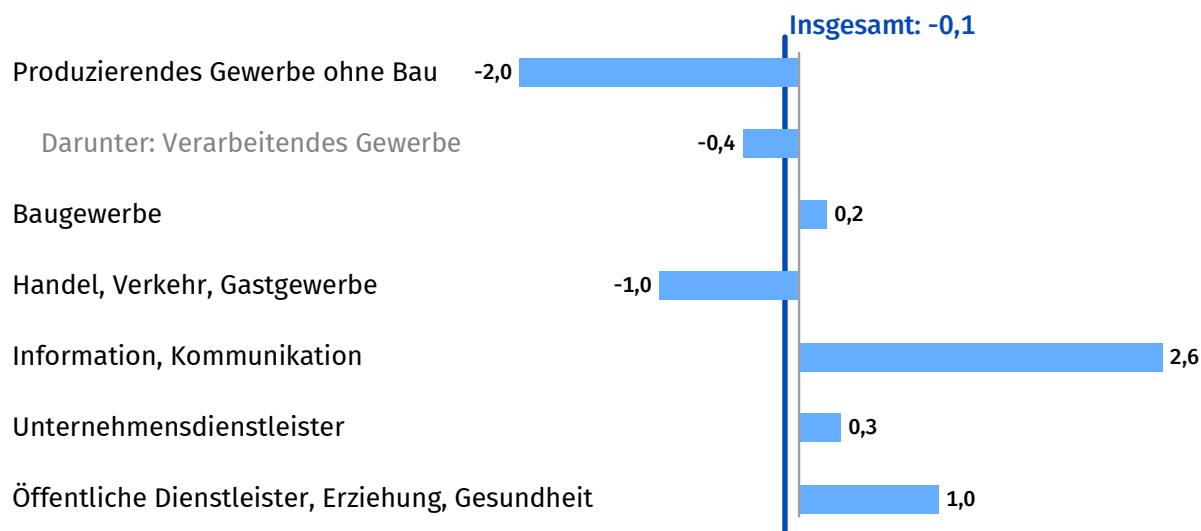
Seite - 3 -

## 2. Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ging zurück. Dagegen stützten die meisten Dienstleistungsbereiche die Wirtschaft.

Schaubild 2

### Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche 2023 in Deutschland

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Die preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung ging im Jahr 2023 leicht zurück (-0,1 %). Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht unterschiedlich.

Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und stützten die Wirtschaft im Jahr 2023. Der Anstieg fiel aber insgesamt schwächer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 % und knüpfte damit an seine langjährige, nur im ersten Corona-Jahr 2020 gebremste Wachstumsgeschichte an. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %) und die Unternehmensdienstleister (+0,3 %) konnten ebenfalls leicht zulegen. Dagegen ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1,0 %) zurück. Das lag vor allem am Groß- und am Einzelhandel, die deutlich nachgaben, während der Kraftfahrzeughandel und der Verkehrsbereich zulegten.

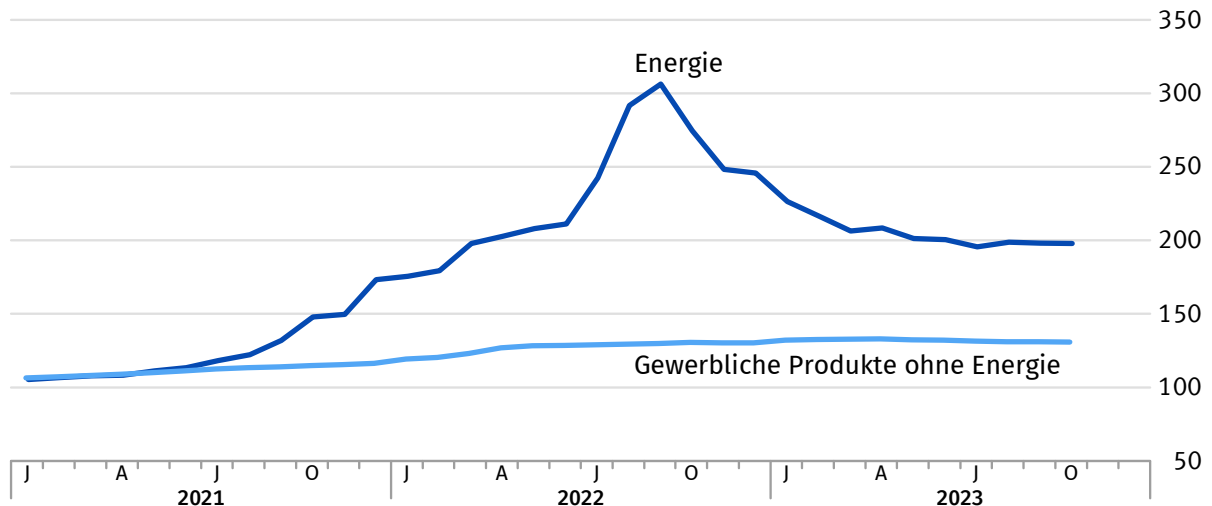
Im Baugewerbe machten sich neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel insbesondere die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Hiervon war vor allem der Hochbau betroffen. Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

## Seite - 4 -

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Neben der Abschaltung der drei letzten deutschen Atomkraftwerke zum 15. April 2023 sank auch die Energieproduktion aus Braun- und Steinkohle. Dagegen wuchs die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien deutlich. Zudem wurde vermehrt Strom im Ausland eingekauft. Die bisher vorliegenden Außenhandelsdaten zeigen einen Anstieg der preisbereinigten Stromimporte im zweistelligen Prozentbereich bei gleichzeitig niedrigeren Stromexporten. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls, wenn gleich deutlich weniger, im Minus (-0,4 %). Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der Automobilindustrie und dem sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen sanken Produktion und Wertschöpfung in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesen Branchen bereits 2022 besonders stark auf die steigenden Energiepreise reagiert hatte.

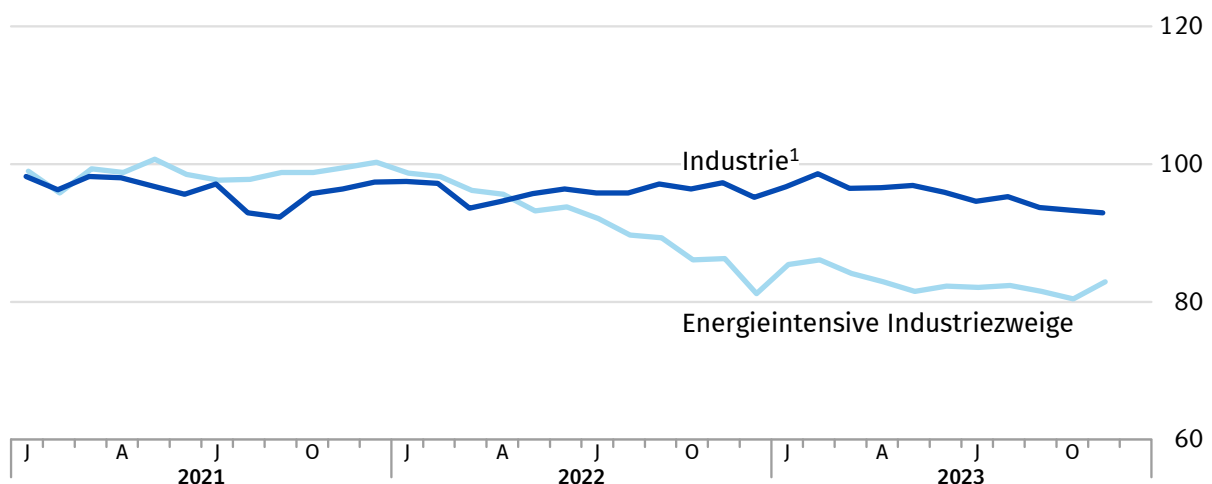
**3. Die Energiepreise stabilisierten sich auf hohem Niveau. Dies hatte besonders negative Folgen für die Produktion in den energieintensiven Industriezweigen.**

Schaubild 3a  
**Erzeugerpreisindex**  
2015 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Schaubild 3b  
**Produktionsindex in der Industrie und in energieintensiven Industriezweigen**  
2015 = 100



1 Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

## Seite - 6 -

Nach ihrem Höchststand im Sommer 2022 sanken die Energiepreise auf Erzeugerebene von Januar bis November 2023 um durchschnittlich 11,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dadurch wurde allerdings nur ein Bruchteil des Anstiegs der Jahre 2021 und 2022 kompensiert. In der zweiten Jahreshälfte 2023 stabilisierten sich die Energiepreise auf einem sehr hohen Niveau und belasteten weiterhin die Produktion der energieintensiven Wirtschaftszweige, die von Januar bis November 2023 um 10,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum abnahm. Dies bremste wiederum die gesamte Industrieproduktion.

Neben den hohen Energiepreisen war auch die Materialknappheit weiter ein Problem für die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Zwar nahm laut Umfragen des ifo Instituts im Laufe des Jahres 2023 die Materialknappheit ab, allerdings berichteten im Jahresdurchschnitt noch knapp ein Drittel der Unternehmen von Engpässen. Zudem erhöhten sich infolge der Tarifabschlüsse die Lohnkosten. Daher legten die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ohne Energie, die 2022 bereits durchschnittlich um 14,0 % gestiegen waren, von Januar bis November 2023 nochmals um 3,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Dabei stiegen vor allem die Preise für Konsum- und Investitionsgüter. Da sich die Preissteigerungen auf der Erzeugerebene auch in den Verbraucherpreisen niederschlugen, kam zum verstärkten Kostendruck für die Unternehmen erschwerend eine spürbare Konsumzurückhaltung hinzu.

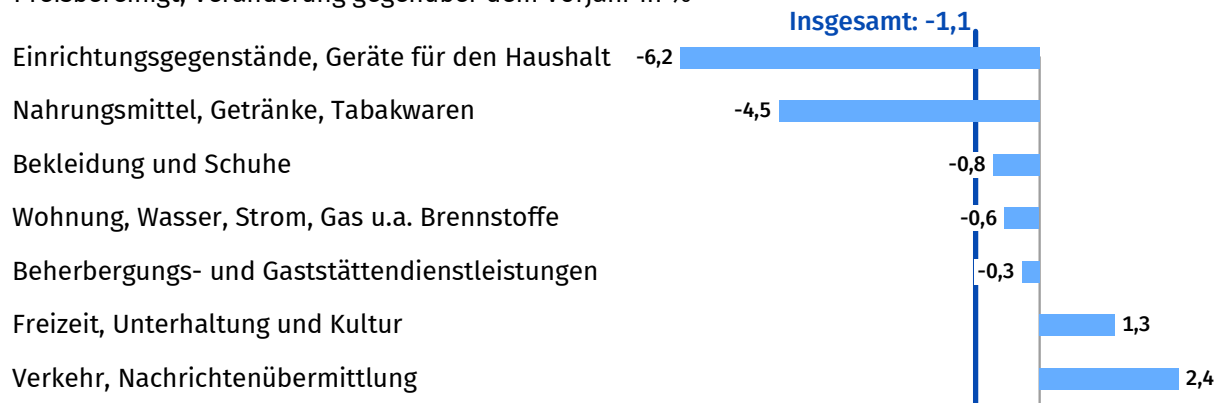
#### 4. Die privaten Haushalte konsumierten preisbereinigt weniger und sparten vor allem bei Gütern mit stark gestiegenen Preisen sowie langlebigen Gütern.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland sanken im Jahr 2023 preisbereinigt um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr und lagen damit weiter unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-2,1 %). Dies dürfte vor allem auf die hohen Verbraucherpreise zurückzuführen sein. Die Inflationsrate – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahr – lag im Jahresdurchschnitt 2023 voraussichtlich bei 5,9 % und damit unter dem historischen Höchststand des Jahres 2022 (+6,9 %). Dabei stiegen vor allem die Preise für Nahrungsmittel. Auch die Energiepreise waren – im Unterschied zur Entwicklung auf der Erzeugerebene – noch höher als im Vorjahr. Die etwas niedrigere Inflationsrate und die Lohnerhöhungen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten den Rückgang der privaten Konsumausgaben jedoch nicht verhindern. Von Rückgängen waren vor allem die Bereiche betroffen, in denen die Preise im Jahresverlauf entweder auf dem hohen Niveau des Vorjahres verharrten oder sogar noch weiter anstiegen. Das gilt insbesondere für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, für die im Jahr 2023 preisbereinigt deutlich weniger ausgegeben wurde als im Vorjahr (-4,5 %). Für langlebige Güter wie Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte, deren Preise 2023 weiterhin hoch waren, sanken die preisbereinigten Ausgaben sogar noch stärker (-6,2 %). Zudem kauften die privaten Haushalte auch weniger kurzlebige Güter wie Bekleidung und Schuhe (-0,8 %).

Schaubild 4a

##### Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland<sup>1</sup> nach ausgewählten Verwendungszwecken 2023

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



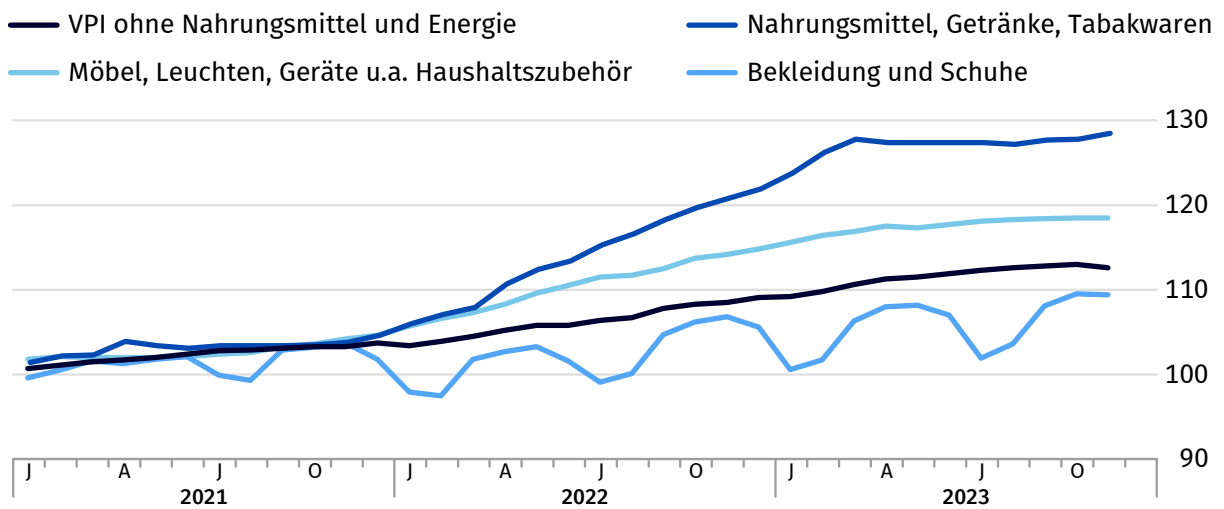
<sup>1</sup> Nicht enthalten sind die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Saldo aus den Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt und der Ausgaben Gebietsfremder im Inland.

Demgegenüber nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte für Verkehr im Jahr 2023 preisbereinigt um 2,4 % zu. Darin enthalten sind beispielsweise Autokäufe und Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen. Auch für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+1,3 %) gaben die privaten Haushalte mehr aus als im Vorjahr, was sich zum Beispiel in höheren Ausgaben für Pauschalreisen zeigte.

Schaubild 4b

**Verbraucherpreisindex (VPI) nach Verwendungszwecken**

2020 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

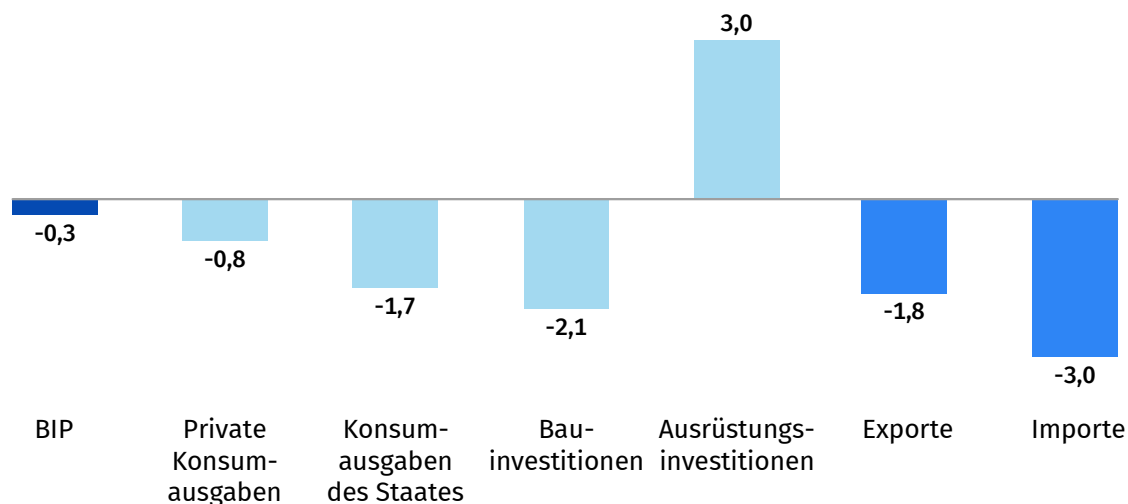


Seite - 9 -

## 5. Auch der Staatskonsum und die Bauinvestitionen gingen zurück. Die Ausrüstungsinvestitionen konnten verwendungsseitig zulegen.

Schaubild 5

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2023**  
Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Auch der Staat reduzierte im Jahr 2023 erstmals seit fast 20 Jahren seine preisbereinigten Konsumausgaben (-1,7 %). Das lag vor allem am Wegfall staatlich finanzierter Corona-Maßnahmen wie Impfungen und Ausgleichszahlungen für freie Bettenkapazitäten in Krankenhäusern. Durch solche Maßnahmen hatte der Staatskonsum in den Jahren ab 2020 die Wirtschaftsleistung gestützt.

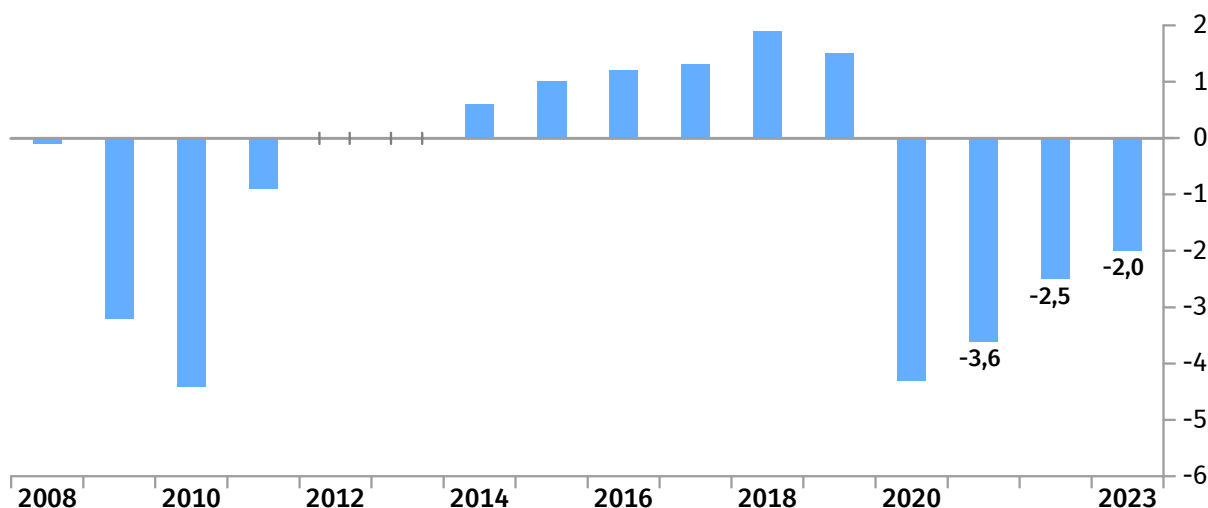
Die Bauinvestitionen sanken im Jahr 2023 preisbereinigt um 2,1 %. Neben den hohen Baupreisen wirkten sich die spürbar gestiegenen Bauzinsen aus, die insbesondere den Wohnungsbau bremsen. Das zeigen auch die unterjährigen Konjunkturstatistiken aus dem Baugewerbe: Sowohl die Auftragseingänge im Wohnungsbau als auch die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen sanken preisbereinigt in den ersten drei Quartalen 2023 deutlich gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Positive Signale kamen vom Ausbaugewerbe, was unter anderem an den stark nachgefragten energetischen Sanierungen gelegen haben dürfte. In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge – wurde dagegen preisbereinigt deutlich mehr investiert als im Jahr 2022 (+3,0 %). Dazu trug vor allem der Anstieg der gewerblichen Pkw-Neuzulassungen bei, der durch den bis August 2023 geltenden Umweltbonus für Elektroautos im Firmenwagenbereich verstärkt wurde.

Die verhaltene weltwirtschaftliche Dynamik und die schwache inländische Nachfrage im Jahr 2023 machten sich auch beim Handel mit dem Ausland bemerkbar, der trotz sinkender Preise zurückging. Dabei sanken die Importe (preisbereinigt -3,0 %) kräftiger als die Exporte (preisbereinigt -1,8 %). Damit kam es im Saldo zu einem positiven Außenbeitrag, der das BIP stützte.

Seite - 10 -

## 6. Trotz weiterer staatlicher Maßnahmen zur Linderung der Energiekrise konnte der Staat sein Finanzierungsdefizit erneut verringern.

Schaubild 6a

**Finanzierungssaldo des Staates**  
in % des Bruttoinlandsprodukts

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2023 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 82,7 Milliarden Euro. Das waren etwa 14 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2022 (96,9 Milliarden Euro). Bezogen auf das BIP in jeweiligen Preisen ergibt sich für den Staat im Jahr 2023 eine Defizitquote von 2,0 %, die damit deutlich niedriger ist als in den drei Jahren davor. Sie liegt auch unterhalb des europäischen Referenzwertes von 3 % aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der allerdings bis einschließlich 2023 ausgesetzt war.

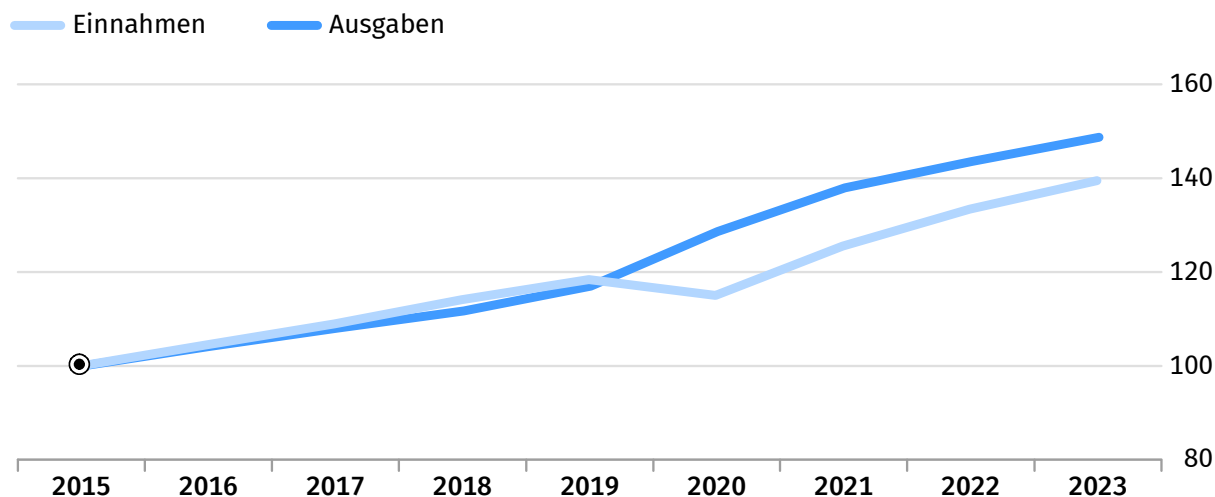
Vor allem der Bund konnte sein Finanzierungsdefizit gegenüber dem Vorjahr erheblich verringern. Im Jahr 2022 hatten die Entlastungspakete der Bundesregierung zur Abmilderung der Energiekrise und Stabilisierung der Wirtschaft zu hohen Ausgaben geführt. 2023 erfolgten zwar ebenfalls umfangreiche Zahlungen unter anderem für die Gas- und Strompreisbremse, es entfielen aber größtenteils die Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, zum Beispiel für Tests und Impfstoffe. Daneben zahlte der Bund auch weniger Transfers an Länder und Sozialversicherungen, deren Finanzierungssalden sich dadurch verschlechterten. Die anhaltende finanzielle Belastung durch die große Zahl an Geflüchteten machte sich vor allem bei den gestiegenen Ausgaben der Gemeinden bemerkbar, die in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ebenso wie Bund und Länder das Jahr 2023 mit einem Defizit abschlossen. Die Haushaltssperre für den Bund als Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 dämpfte die Ausgaben kaum, da sie nur drei Wochen in Kraft war. Zudem waren die meisten Maßnahmen bereits vor der Urteilsverkündung beschlossen und fielen somit nicht unter die Haushaltssperre.

Seite - 11 -

Schaubild 6b

**Einnahmen und Ausgaben des Staates**

Index 2015 = 100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Ausgaben des Staates stiegen im Jahr 2023 um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr und beliefen sich auf knapp 2,0 Billionen Euro. Hinter dem Ausgabenzuwachs steht vor allem die Anpassung der Renten und Pensionen, durch die sich die monetären Sozialleistungen kräftig erhöhten. Daneben musste der Staat auch deutlich mehr für Zinsen zahlen als im Jahr 2022.

Der Staat erhöhte seine Ausgaben im Jahr 2023 insgesamt aber weniger stark als in den Vorjahren: Die Relation der Staatsausgaben zum BIP, die sogenannte Staatsquote, ging auf 48,2 % zurück. In den Corona-Jahren hatte sie Höchststände von über 50 % erreicht, im Jahr 2022 hatte sie noch bei 49,5 % gelegen.

Die Einnahmen des Staates stiegen im Jahr 2023 um 4,6 % und damit stärker als die Ausgaben. Das lag insbesondere an höheren Sozialbeiträgen bedingt durch Beitragssatzerhöhungen, gestiegene Beitragsbemessungsgrenzen und einen weiterhin robusten Arbeitsmarkt. Deutliche Zuwächse gab es auch bei den empfangenen Vermögenseinkommen (+64,1 %) durch die gestiegenen Zinseinnahmen und bei den Verkäufen (+11,4 %), zu denen unter anderem Eintrittsgelder für öffentliche Einrichtungen und städtische Gebühren gehören. Daneben ist zu berücksichtigen, dass durch die Einführung des Deutschlandtickets die meisten Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs jetzt zum Sektor Staat zählen und deren Umsätze die Verkäufe des Staates zusätzlich erhöhen. Dagegen führten Steuerentlastungen wie die Anhebung des Grundfreibetrags und die reduzierte Umsatzsteuer auf Gas und in der Gastronomie zu nur moderat gestiegenen Steuereinnahmen (+1,1 %).

Insgesamt wurde die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, die 2020 im Zuge der Corona-Pandemie durch kräftig gestiegene Ausgaben bei gleichzeitig massiv eingebrochenen Einnahmen entstanden war, im Jahr 2023 also etwas kleiner, aber noch nicht geschlossen.

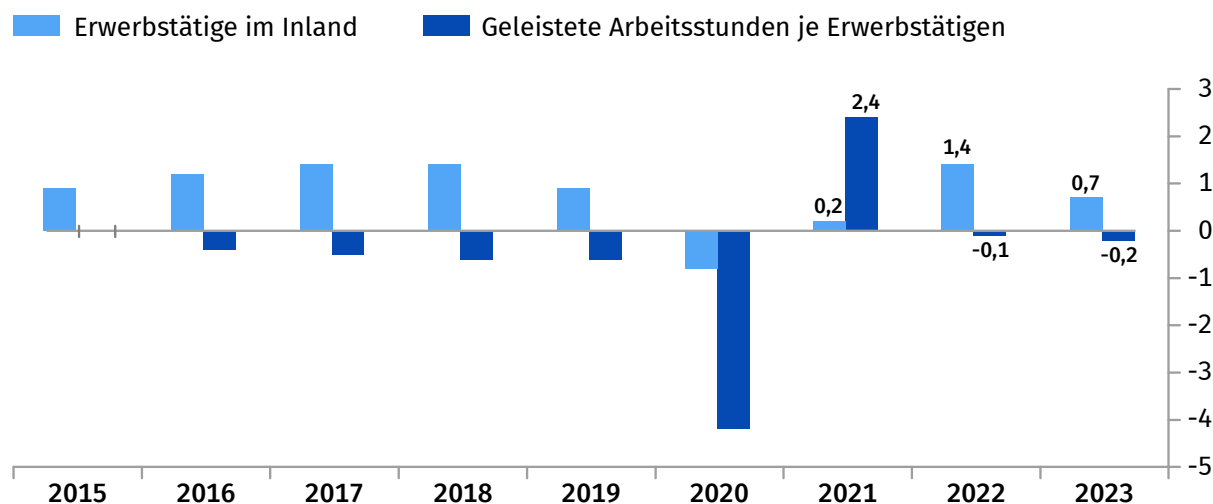
Seite - 12 -

## 7. Die hohe Zuwanderung und eine steigende Erwerbsbeteiligung führten zu einem neuen Höchststand auf dem Arbeitsmarkt.

Schaubild 7a

### Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2023 von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 0,7 % oder 333 000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Im Jahr 2020 hatte die Corona-Pandemie erstmals seit 14 Jahren zu einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl geführt. Im Zuge des Aufholprozesses nach der Pandemie war die Erwerbstätigkeit im Jahr 2022 kräftig gestiegen.

Die Beschäftigung nahm im Jahr 2023 unter anderem durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu. Hinzu kam eine steigende Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung. Diese positiven Effekte überwogen die dämpfenden Effekte des demografischen Wandels.

Im Jahr 2023 arbeiteten die Erwerbstätigen im Durchschnitt pro Kopf etwas weniger als im Vorjahr (-0,2 %). Dies zeigen vorläufige Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Hinter der geringen Veränderung stehen zwei gegenläufige Effekte: Einerseits wurde 2023 weniger Kurzarbeit in Anspruch genommen als 2022, andererseits senkte der fortgesetzte Trend zu Teilzeitbeschäftigung sowie der Abbau von Arbeitszeitkonten die Arbeitszeit. Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen wog im Jahr 2023 stärker als der leichte Rückgang der Arbeitszeit pro Kopf. Dies führte zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr.

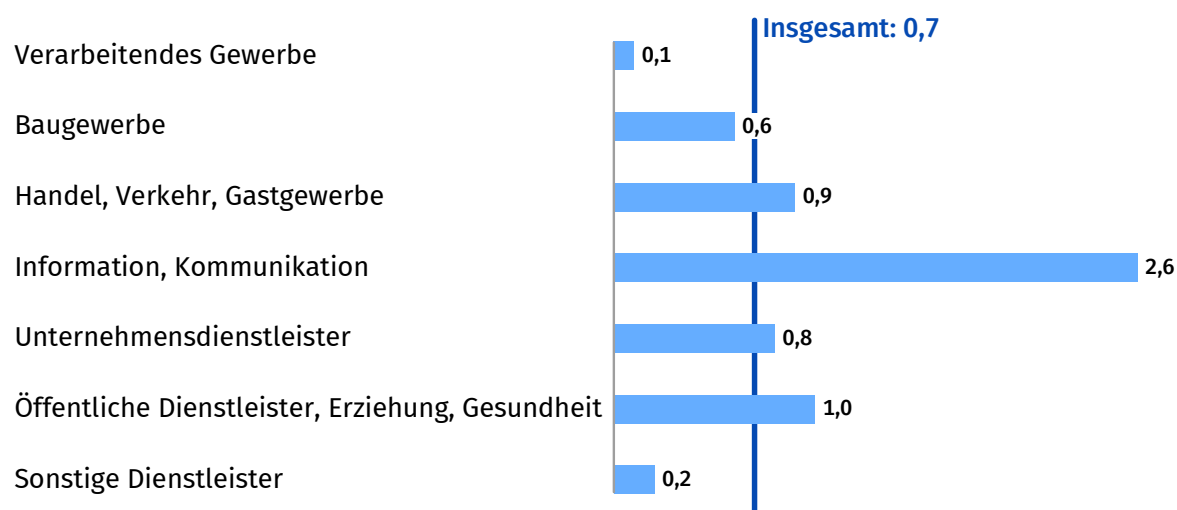
Seite - 13 -

Ein Blick auf die Wirtschaftsbereiche zeigt, dass der Beschäftigungsaufbau fast ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen stattfand: Die prozentual größten Beschäftigungszuwächse gab es 2023 wie schon im Vorjahr im Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) sowie im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %), in dem mehr als ein Viertel aller Erwerbstätigen beschäftigt ist. Auch im zusammengefassten Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe gab es mehr Beschäftigte als im Vorjahr (+0,9 %), die hohen Beschäftigungsverluste während der Pandemie-Jahre 2020 und 2021 konnten damit aber nicht ausgeglichen werden. Das gilt auch für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Zahl der Erwerbstätigen 2023 nur geringfügig stieg (+0,1 %). Vom Baugewerbe kamen dagegen trotz des häufig beklagten Fachkräftemangels erneut positive Impulse (+0,6 %).

Schaubild 7b

**Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2023 in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

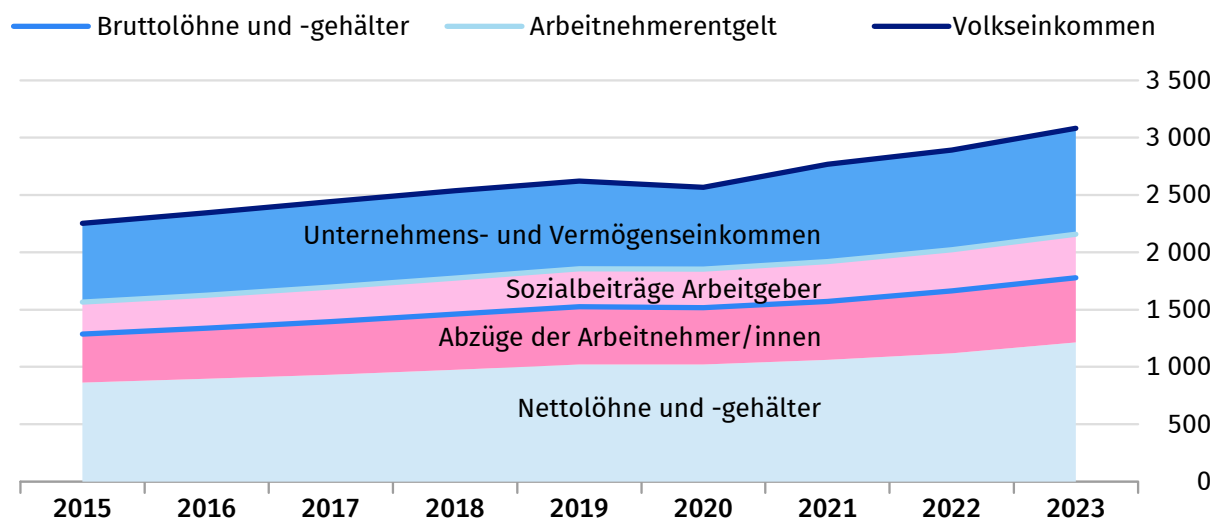
Entscheidend für die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt war die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Jahresdurchschnitt 2023 um 363 000 Personen wuchs (+0,9 %). Der Großteil davon waren sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Zwar gab es auch etwas mehr sogenannte marginal Beschäftigte (geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten), allerdings blieb ihre Zahl weiterhin unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019. Bei den Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) setzte sich im Jahr 2023 dagegen der seit zwölf Jahren andauernde Abwärtstrend fort (-0,8 %). Insgesamt zeigte sich der deutsche Arbeitsmarkt im Jahr 2023 in einem weiterhin schwierigen Umfeld robust.

## 8. Die Einkommen stiegen kräftig.

Schaubild 8

### Komponenten des Volkseinkommens

in Mrd. Euro



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

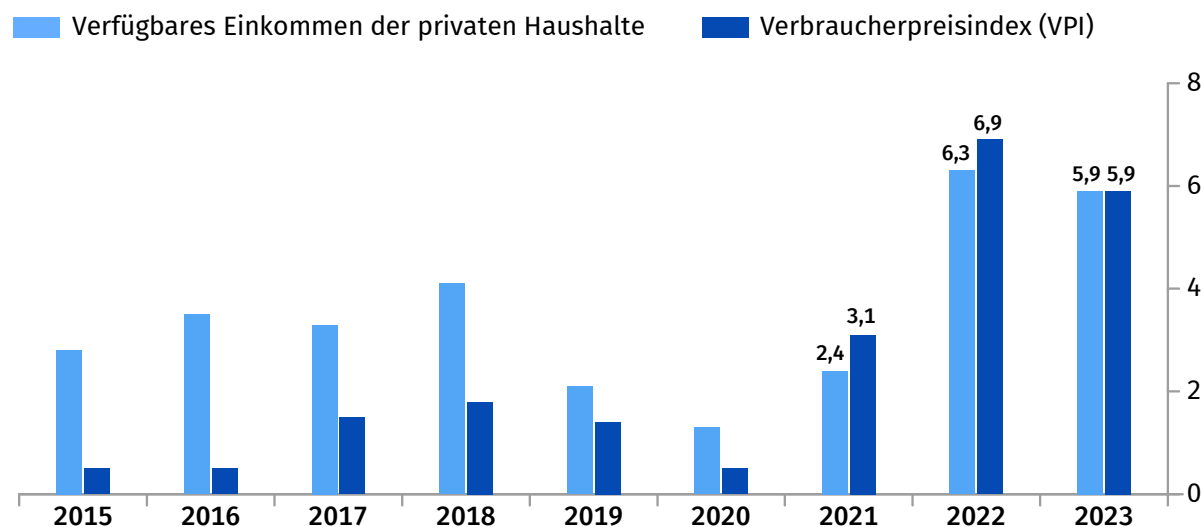
Das Arbeitnehmerentgelt nahm im Jahr 2023 deutlich um 6,7 % zu. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen nach vorläufigen Berechnungen mit +6,5 % fast genauso stark und damit deutlich kräftiger als im Jahr 2022 (+1,9 %). Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt sowie den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, erhöhte sich auf rund 3 082 Milliarden Euro (+6,6 %).

Die Durchschnittslöhne stiegen im Jahr 2023 um 6,1 %, insbesondere weil es hohe Lohnabschlüsse und Inflationsausgleichszahlungen gab. Zudem wurde der gesetzliche Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 angehoben und es kamen mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hinzu als geringfügig Beschäftigte. In der Folge nahmen die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2023 um 7,0 % zu. Noch kräftiger wuchsen die Nettolöhne und -gehälter (+8,6 %), also nach Abzug von Sozialbeiträgen (+5,9 %) und Lohnsteuer (+1,6 %), die jeweils weniger stark stiegen als die Löhne. Gründe dafür waren die steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie sowie weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer. Der Anstieg der Löhne und Gehälter war damit im Jahr 2023 auch größer als die im Jahresdurchschnitt weiterhin hohe Inflation, die im Jahr 2022 zu deutlichen Reallohnverlusten geführt hatte. Neue Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Verteilung der Nominallöhne basierend auf Vollzeitbeschäftigten im Dashboard Deutschland weisen darauf hin, dass es im Jahr 2023 besonders bei den Geringverdienenden zu Reallohngegewinnen kam.

## 9. Die Kaufkraft der privaten Haushalte ging nicht weiter zurück.

Schaubild 9

### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und Verbraucherpreisindex in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Durch die höheren Nettolöhne und -gehälter stieg im Jahr 2023 auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, und zwar nominal um 5,9 %. Trotz nachlassender Inflation stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt also genauso stark wie das verfügbare Einkommen. Die privaten Haushalte mussten somit nach den Einbußen in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Kaufkraftverluste hinnehmen.

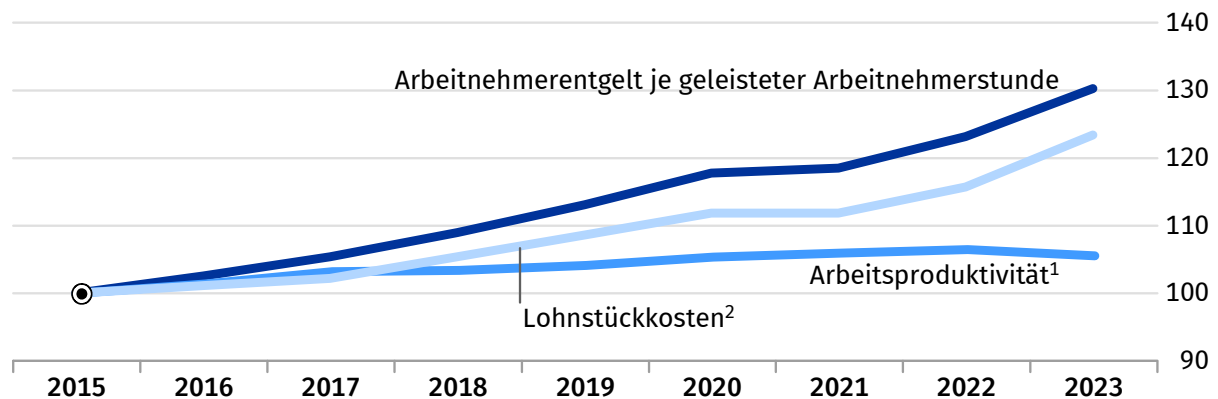
Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen nahmen 2023 weniger stark zu (+5,5 %) als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote stieg gegenüber dem Vorjahr geringfügig auf 11,3 % und lag damit noch etwas über dem Vor-Corona-Niveau (durchschnittlich 10,9 % in den Jahren 2017 bis 2019).

## 10. Die Lohnkosten stiegen kräftig, während die Arbeitsproduktivität zurückging.

Schaubild 10

### Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Deutschland

Index 2015 = 100



1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

2 Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Nach ersten Berechnungen sank die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde, im Jahr 2023 um 0,9 %. Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich die Arbeitsproduktivität um 1,0 %.

Im Gegensatz dazu stiegen im Jahr 2023 die durchschnittlichen Lohnkosten, gemessen als Arbeitnehmerentgelt pro Kopf beziehungsweise pro Stunde, kräftig (jeweils +5,8 %). Folglich nahmen auch die Lohnstückkosten – definiert als Relation der Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität – zu. Sowohl nach dem Stundenkonzept (+6,7 %) als auch nach dem Personenkonzept (+6,8 %) waren die Lohnstückkosten deutlich höher als 2022.

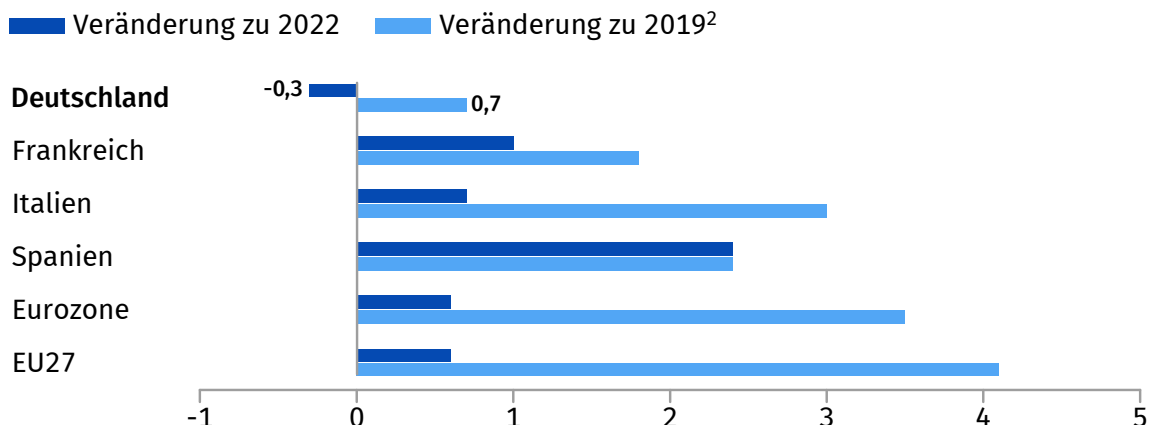


## 11. Die deutsche Wirtschaft fiel international zurück: Seit 2019 stieg die Wirtschaftsleistung in Deutschland nur um 0,7 %.

Schaubild 11

### Bruttoinlandsprodukt 2023<sup>1</sup> im internationalen Vergleich

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr (2022) bzw. dem Vorkrisenjahr (2019) in %



1 Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2023, außer für Deutschland. Für Deutschland erstes vorläufiges Ergebnis.

2 Eigene Berechnungen auf Basis der EU-Prognosen, außer für Deutschland.

©  Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Da innerhalb der Europäischen Union (EU) nur Deutschland zu diesem frühen Zeitpunkt bereits ein BIP-Ergebnis für das Jahr 2023 veröffentlicht, können für internationale Vergleiche aktuell nur Prognosen herangezogen werden. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Herbstprognose für die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie für die 20 Staaten der Eurozone einen Anstieg des preisbereinigten BIP um 0,6 %. Unter den vier größten EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland das einzige Land mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2023. Für Spanien (+2,4 %), Frankreich (+1,0 %) und Italien (+0,7 %) erwartet die Europäische Kommission dagegen teils deutliche Zuwächse gegenüber dem Jahr 2022. Einen noch stärkeren Rückgang des preisbereinigten BIP als in Deutschland prognostiziert die Europäische Kommission unter anderem für Österreich (-0,5 %), Schweden (-0,5 %) und Ungarn (-0,7 %).

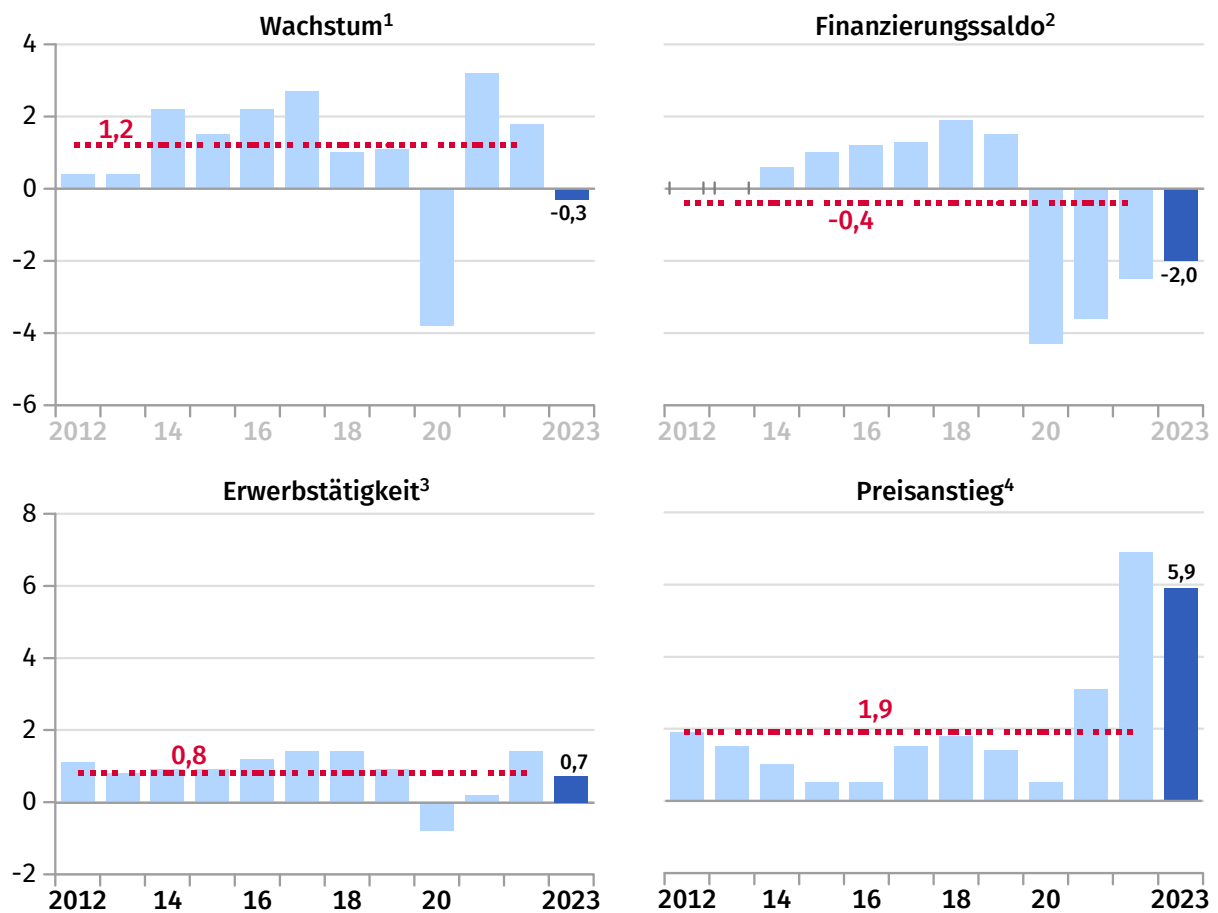
Auch im Vorkrisenvergleich schneidet die deutsche Wirtschaft international schlecht ab: Gegenüber 2019, dem Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie, stieg die Wirtschaftsleistung in Deutschland lediglich um 0,7 % und damit deutlich schwächer als in vielen anderen europäischen Staaten. Basierend auf den Prognosen der Europäischen Kommission für das Jahr 2023 wuchs das preisbereinigte BIP seit 2019 in der EU insgesamt um 4,1 %, in Italien um 3,0 % und im Vereinigten Königreich um 2,3 %. Außerhalb von Europa erwartet die Europäische Kommission für die Vereinigten Staaten (+2,4 %) einen Anstieg des preisbereinigten BIP 2023 gegenüber dem Vorjahr in ähnlicher Größenordnung wie in Spanien. Die Wirtschaftsleistung der Volksrepublik China wird laut Prognose um 5,2 % zulegen. Seit 2019 ist die Wirtschaftsleistung in den Vereinigten Staaten demnach um 7,5 % gestiegen und in China um 20,1 %.

## 12. Zusammenfassend lässt sich zur gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland im Jahr 2023 Folgendes festhalten:

Schaubild 12

### Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland in %

..... Durchschnitt 2012–2022



1 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2 Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP. 3 Veränderung der Erwerbstätigen im Inland. 4 Veränderung des Verbraucherpreisindex.

## Seite - 19 -

1. Die deutsche Wirtschaftsleistung ist 2023 leicht zurückgegangen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sank um 0,3 %. Hauptgründe für diese Entwicklung waren die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise und ungünstige Finanzierungsbedingungen. Diese gingen einher mit einer schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland.
2. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ging die Wirtschaftsleistung dadurch deutlich zurück. Auch aus dem Baugewerbe gab es kaum noch positive Impulse für die Gesamtwirtschaft. Die Dienstleistungsbereiche konnten dagegen überwiegend zulegen.
3. Verwendungsseitig waren der Konsum und die Bauinvestitionen im Minus. Demgegenüber stützten die deutlich gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen sowie der positive Außenbeitrag das BIP.
4. Der Staat verzeichnete 2023 erneut ein Finanzierungsdefizit. Vor allem der Bund konnte sein Defizit wegen der weggefallenen Ausgaben zur Corona-Bekämpfung aber erheblich verringern. Insgesamt verzeichneten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen ein Minus von gut 80 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich eine staatliche Defizitquote von 2,0 %, die damit deutlich niedriger ist als in den drei Jahren davor.
5. Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2023 weiterhin robust. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erreichte mit durchschnittlich 45,9 Millionen Personen einen neuen Höchststand. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung zurückzuführen.
6. Im internationalen Vergleich blieb die Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2023 voraussichtlich deutlich hinter den anderen großen EU-Mitgliedstaaten oder den großen Volkswirtschaften wie den USA oder China zurück. Als einziger der großen europäischen Staaten verzeichnete Deutschland einen Rückgang des preisbereinigten BIP. Im Vergleich zum Jahr 2019, also dem Jahr vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, stieg die Wirtschaftsleistung in Deutschland verglichen mit den anderen großen EU-Staaten am schwächsten.

Die reguläre Schnellschätzung für das Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal 2023 wird das Statistische Bundesamt am 30. Januar 2024 veröffentlichen. Detaillierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgen am 23. Februar 2024.

Im Jahr 2024 werden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen der international harmonisierten Generalrevision 2024 zurück bis 1991 neu berechnet. Die neuen Zeitreihen werden voraussichtlich im August 2024 veröffentlicht.